Baden, 16. Januar 2025

Medienmitteilung

Öffentliche Stellungnahme der SP Baden zur Steuersenkungsinitative

Die Initiative zur Senkung des Gemeindesteuerfusses von 92% auf 89% klingt verlockend, ist aber eine Mogelpackung. Die Steuerersparnis für durchschnittliche Haushalte ist minimal, während Personen mit hohen Einkommen stark profitieren. So bezahlt eine vierköpfige Familie (konfessionslos) mit einem mittleren Bruttoeinkommen von 110'000 Franken gemäss dem Steuerrechner der ESTV in Baden Gemeindesteuern in der Höhe von 2'539 CHF. In der Vergleichsgemeinde Berikon AG mit einem Steuerfuss von 89% würde dieselbe Familie 2'456 CHF Gemeindesteuern bezahlen. Das ist eine Steuerersparnis von gerade mal 83 Franken pro Jahr! Verfügt eine vergleichbare Familie jedoch über ein dreimal höheres Bruttoeinkommen von 330'000 Franken, müsste sie in Baden 19'027 CHF Gemeindesteuern bezahlen, in Berikon hingegen 18'407 CHF. Sie spart entsprechend 620 CHF, also fast 7,5-mal so viel wie die Familie mit mittlerem Einkommen. Das zeigt einmal mehr, dass die FDP lediglich Politik für das eigene Klientel macht. Hier von einer Entlastung für die gesamte Bevölkerung zu sprechen, ist ein Hohn. Wieso die GLP bei dieser Verblendung mitmacht, erschliesst sich uns nicht.

Das Initiativkomitee beschreibt den wirtschaftlichen Erfolg der Badener Unternehmen sogar selbst als „ausserordentlich“. Was passiert, wenn diese Phase endet? Steuern zu erhöhen ist politisch fast unmöglich. Es würde bei Bildung, Betreuung, Kultur und Umwelt gespart werden. Bezahlbarer Wohnraum, welcher in unserer Stadt bereits jetzt viel zu knapp ist, könnte kaum noch städtisch gefördert werden. Die Politik des Initiativkomitees ist kurzsichtig und gefährlich. Die Initiative könnte so für breite Bevölkerungsteile schnell zu Mehrkosten führen, weil z. B. KiTa-Plätze nicht im gleichen Umfang subventioniert werden könnten. Die Rechnung dürfte mittelfristig also für die viele Badener Familien mit tieferen und mittleren Einkommen nicht aufgehen.

Die Behauptung, dass die FDP der Bevölkerung etwas zurückgeben möchte, weil diese unter den hohen Mieten, Gesundheitskosten und Lebenshaltungskosten leidet, kann schon fast als Satire bezeichnet werden. Das ist dieselbe Partei, die zusammen mit der SVP seit Jahren jegliche Bemühungen zur Entlastung der Bevölkerung in den genannten Bereichen auf lokaler und nationaler Ebene torpediert.

Wir erinnern die Parteien FDP und GLP gerne daran, dass Unternehmen in wirtschaftlich guten Zeiten nicht einfach kurzfristig handeln, sondern Mehreinnahmen sinnvoll einsetzen. Aus diesem Grund möchten wir die beiden Parteien gerne dazu einladen, dass wir dieses "Geschenk", wie es auf der Website genannt wird, gemeinsam dazu nutzen, in eine noch lebenswertere, bunte und nachhaltige Stadt zu investieren. Und zwar für alle und nicht nur für wenige!

Kontaktperson

Roman Uhlig, Co-Präsident SP Baden
Untere Halde 13, 5400 Baden
+41 79 576 38 77, roman_uhlig@hotmail.com